

Alte Deponie wirft immer mehr Fragen auf

Gutachter spricht von „Erkenntnislücken“ im Zusammenhang mit der Müllhalde in Oberweier

Von unserem Redaktionsmitglied Swantje Huse



Trügerische Idylle: Wie es unter der grünen Oberfläche der Deponie in Oberweier aussieht, kann der städtische Gutachter Jan Hinrichs anhand der Faktenlage bisher nicht eindeutig beantworten. Foto: Hans-Jürgen Collet

Gaggenau. Viele offene Fragen und wenige eindeutige Antworten. Das ist das Fazit des Berichts zum Zustand der Deponie „Hintere Dollert“, die der Geologe Jan Hinrichs dem Gemeinderat und den zahlreichen Zuhörern aus den Reihen der BI „Stop Deponie Oberweier“ präsentierte. Hinrichs und sein Karlsruher Büro GHJ wurden von der Stadt beauftragt, den Zustand der beiden Deponieteile in Oberweier genauer unter die Lupe zu nehmen und dabei ein besonderes Augenmerk auf das Grundwasser zu legen. Dafür hat der Geologe auf vorliegendes Datenmaterial aus

den Jahren 1976, 1995, 2000, 2013 und 2018 zurückgegriffen. Eigene Untersuchungen sind nicht vorgenommen worden.

„Vielleicht verstehen wir ja auch etwas falsch.“

Jan Hinrichs, Sachverständiger und Geologe

Das vorhandene Material reiche nicht aus, um eine abschließendes Urteil zu treffen, so die Quintessenz der Ausführungen des Geologen. Klar sei, dass die gesamte Deponie überwiegend auf sandigem Untergrund in einer Talsohle gebaut sei, aber lediglich der neuere Deponiekörper, die sogenannte Zentraldeponie, über eine Abdichtung zum Boden verfügt. Die Alt- oder Übergangsdeponie dagegen hat keine solche Abdichtung. Fest steht laut Hinrichs auch: „Die Deponie führt Wasser, und das muss irgendwo hin, vor allem da, wo das ehemalige Tal war.“ Alle weiteren Erkenntnisse seien dagegen eher vage.

Beispiel Mülltypen und Schadstoffe: „Aus heutiger Sicht wurde 1995 relativ wenig untersucht“, sagt Hinrichs. Zudem liege aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht das gesamte Gutachten von damals zur Einsicht vor. Beispiel Grundwasser: „Im überwiegenden Teil weiß man nicht, wie das Grundwasser fließt.“ Die Strömungen seien bislang nur für einen Teilbereich genauer aufgezeigt worden, so Hinrichs. Ein Problem, so der Geologe, vor allem dort, wo es keine Abdichtung oder Leitungen zum Sammeln von Sickerwasser gibt. Für ihn steht aber fest: „Die Deponie hat Einfluss auf das Grundwasser.“ Außerdem seien Schwellenwerte bestimmter

Stoffverbindungen übertreten worden, aber „es sind keine Maßnahmen als Reaktion dokumentiert“.

Abdichtungen sind unter der Zentraldeponie vorhanden. „Dort sieht es gar nicht so schlecht aus“, urteilt Hinrichs und schränkt sogleich ein: „Aber sie hält den Vergleich mit den heutigen Anforderungen nicht Stand.“ In den ausgehenden 90er Jahren und zuletzt im Jahr 2018 sind die Drainagerohre mit Kameras befahren worden, um ihren Zustand zu überprüfen. „An vielen Stellen war das gar nicht möglich. Und in einem guten Teil von dem, den man befahren konnte, muss man die Schäden umgehend beheben.“ Hinrichs spricht von Rissen und gegeneinander versetzten Rohren. Sein Urteil: „Eine zuverlässige Erfassung des Sickerwassers ist in Frage zu stellen.“

Eine tickende Zeitbombe sei die Deponie nicht, betonte Hinrichs. Um die Erkenntnislücken zu schließen und das weitere Vorgehen festzulegen, müssten jedoch die offenen Fragen geklärt werden. „Vielleicht verstehen wir ja auch etwas falsch.“ Ein entsprechender Fragenkatalog sei dem zuständigen Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) im Landratsamt zugegangen, allerdings bisher unbeantwortet geblieben. Laut Bürgermeister Michael Pfeiffer habe der Landkreis um eine Reduzierung der Fragen gebeten.

Das bestätigt Kreis-Pressesprecher Benjamin Wedewart. 85 Fragen und 45 Anlagen, die bearbeitet werden sollen, seien beim AWB eingegangen. Der erste Landesbeamte Jörg Peter habe darum gebeten, die Anfrage auf ein „verträgliches und bearbeitbares Maß“ von 20 bis 25 Fragen und fünf bis zehn Anlagen zu reduzieren. „Das

sind keine trivialen Fragen, da geht es auch um Vergleiche zwischen verschiedenen Deponien bundesweit“, so Wedewart. Die entsprechende Bitte sei OB Christof Florus (FWG) Ende August zugegangen, bislang warte das Landratsamt auf eine Reaktion.

„Wir sind verwundert, dass wir seit einem Monat auf eine Antwort auf eine triviale Frage warten“, so der Kreissprecher. Grundsätzlich wolle das Amt seiner Informations- und Auskunftspflicht nachkommen. Ohne Reaktion aus dem Gaggenauer Rathaus könne es auch nicht zu einem runden Tisch zur Erörterung der Fragen kommen.

Hintergrund

Ursprünglich hatte der Landkreis Rastatt geplant, die Deponie in Oberweier zu erweitern und für PFC-Abfälle zu nutzen. Eine entsprechende Machbarkeitsstudie war im Herbst 2020 in Auftrag gegeben worden. Im Juli sollte der zuständige Ausschuss den Vollzug beschließen. Es kam anders: Bevor weitere Tatsachen geschaffen werden, soll erst der Zustand der Deponie und die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Sicherung festgestellt werden. Wie die Stadt erklärte, gibt es aktuell keinen gültigen Pachtvertrag für das Deponiegelände zwischen dem Landkreis und der Stadt. Er sei 2020 geendet, die Verhandlungen liefen aktuell noch. Geplant ist laut Stadt eine Laufzeit bis Ende 2023.

Zudem ist ein Mediationsverfahren geplant, bei dem die Stadt Gaggenau und die Bürgerinitiative genauso eingebunden sind wie Vertreter des Landkreises. In Gaggenau gibt es einen Arbeitskreis, in dem neben Stadtverwaltung, Gemeinde- und

Ortschaftsrat auch die Bürgerinitiative und die
Nachbarkommunen aktiv sind. hu